VERÖFFENTLICHUNGEN DES VERBANDES
FÜR INTERNATIONALE VERSTÄNDIGUNG
HEFT 10

ZIELE UND AUFGABEN
DES
VERBANDES FÜR INTERNATIONALE VERSTÄNDIGUNG



PROFESSOR Dr. OTFRIED NIPPOLD
OBERURSEL BEI FRANKFURT AM MAIN

PREIS 50 PFENNIG

KOSTENLOS FÜR MITGLIEDER DES VERBANDES
(MITGLIEDERBEITRAG MINDESTENS 3 MARK JÄHRLICH)

STUTTGART
DRUCK VON W. KOHLHAMMER
1913

Veröffentlichungen des Verbandes für internationale Verständigung.

Heft 1. **Der internationale Geist.** Von Nicolas Murray Butler.

Heft 2. **Die auswärtige Politik und die öffentliche Meinung.** Von Prof. Dr. Otfried Nippold.

Heft 3. **Die wichtigste Aufgabe des Völkerrechts.** Von Prof. Dr. Walther Schücking.

Heft 4. **Der Beitrag der christlichen Kirchen zur internationalen Verständigung.** Von Prof. Dr. Martin Rade.

Heft 5. **Frankreich und Deutschland.** Von Baron D'Estournelles de Constant.

Heft 6. **Formen internationaler Verständigung.** Von Professor Dr. Robert Piloty.

Heft 7. **Der Friedensgedanke in der Entwicklung des deutschen Volkes zur Nation.** Von Professor Dr. Martin Spahn.

Heft 8. **Über auswärtige Kulturpolitik.** Von Professor Dr. Karl Lamprecht.

Heft 9. **Der deutsche Chauvinismus.** Von Prof. Dr. Otfried Nippold.

Heft 10. **Ziele und Aufgaben des Verbandes für internationale Verständigung.** Von Prof. Dr. Otfried Nippold.

Heft 11. **Die Bedeutung der Suggestion im Völkerleben.** Von Prof. Dr. Adolf Friedländer.

Die 25 ersten Jahre der Regierung Kaiser Wilhelms II. darf man mit Recht als eine Periode der deutschen Friedenspolitik bezeichnen. Die deutsche Reichsregierung und die deutsche Diplomatie haben an der Erhaltung des Friedens zwischen den europäischen Mächten redlich mitgearbeitet. Das erhellt nicht nur aus beinahe jeder Kundgebung des Kaisers und seiner verantwortlichen Staatsmänner, sondern das beweisen auch die Tatsachen des internationalen Lebens.

Aber auch die Regierungen der andern Grossmächte sind heute eifrig bemüht, den Frieden zwischen der europäischen Staatenwelt zu erhalten. Das ist wohl noch nie so deutlich zutage getreten wie während der jetzigen Balkankriege. Die verantwortlichen Staatenlenker sind sich eben bewusst, dass das Interesse an der Erhaltung des Friedens zwischen den Grossmächten grösser ist als jedes andere Interesse, das vielleicht zugunsten eines Krieges sprechen könnte. Niemand, der in den Staatsgeschäften an verantwortlicher Stelle steht, würde, wie man nicht oft genug betonen kann, heute die Verantwortung für einen Krieg auf sich laden wollen, solange nicht die ernstesten Lebensinteressen einer Nation auf dem Spiele stehen. Welche Kolonie wäre es wohl auch wert, dass man um ihretwillen einen europäischen Weltbrand entfesselt sehen möchte? Das nationale Interesse an der Erhaltung des europäischen Friedens überwiegt in allen Ländern zweifellos alle entgegenstehenden Interessen, und so sehen wir heute alle Grossmächte einmütig in dem Bestreben vereint, Europa vor der Katastrophe eines allgemeinen Krieges zu bewahren.

Ob und auf wie lange dieses Bestreben von Erfolg gekrönt sein wird, entzieht sich der Beurteilung aller Lebenden. In der Politik muss man immer auch mit Unvorhergesehenem rechnen. Die Stimmungen und auch die Anschauungen über politische

Dinge wechseln rasch. Dass man durch alle friedlichen Bestrebungen den Krieg nicht ganz aus der Welt schaffen kann, darüber sind sich wohl die meisten Menschen einig. Es wird immer wieder Kriege geben, sei es nun auf dem Balkan oder anderswo. Falsch aber wäre es, wenn man um dieser Tatsache willen die Friedenspolitik der europäischen Grossmächte geringschätzen wollte. Es bedeutet immer und unter allen Umständen nicht wenig, dass es der Politik der Grossmächte gelungen ist, wenigstens einige Kriege, und darunter den zwischen den Grossmächten selbst, zu vermeiden. Noch vor wenigen Jahrzehnten wäre dies kaum gelungen. In dieser Tatsache dürfen wir daher einen unzweifelhaften Fortschritt in der europäischen Politik erblicken.

Überhaupt, wenn man sich von dem Gange dieser Politik Rechenschaft geben will, dann darf man nicht an den Ereignissen des Tages kleben bleiben. Wenn wir aber auf die politische Entwicklung der letzten Dezennien im ganzen blicken, dann sehen wir, dass viele Staaten sich über eine ganze Reihe von Fragen, die kontroverser Natur waren und zum Teil gerade die gefährlichsten Konfliktstoffe in sich bargen, durch internationale Abkommen geeinigt haben. In diesen Abmachungen, deren Zahl in stetem Wachsen begriffen ist, braucht man keineswegs immer eine Spitze gegen andere, dabei unbeteiligte Mächte zu sehen. Es suchen ganz im Gegenteil gerade solche Mächte, zwischen denen Reibungsflächen bestehen, diese durch solche Verträge aus der Welt zu schaffen. So gelangen die Staaten nach und nach nicht nur zu einer Festlegung ihres gegenseitigen Rechtsbestandes, sondern darüber hinaus zu einer Abgrenzung ihrer politischen und wirtschaftlichen Interessensphären. Und so wie man durch diplomatische Verhandlungen, durch völkerrechtliche Vertragschliessungen, schon manche Konfliktherde beseitigt hat, so sind auch durch Schiedsprüche, im Wege der völkerrechtlichen Rechtsprechung, schon manche Streitigkeiten aus der Welt geschafft worden, die an sich wohl zum Kriege hätten führen können. Die Friedenspolitik der Regierungen ist also doch nicht ohne Erfolg gewesen, trotz allem, was man ihr angesichts der Kriege der letzten Jahre zum Vorwurf machen mag.

Man kann gewiss Bedenken tragen, unsre heutigen politischen Zustände, unser heutiges politisches System für vollkommen zu halten. Die Politik von heute ist in der Tat noch zu sehr Machtpolitik und noch zu wenig Kulturpolitik, um auch nur im entferntesten als eine ideale Politik bezeichnet werden zu können. Und wenn auch das Streben nach Macht von der Politik wohl auf immer unzertrennbar sein wird, so sollte die Macht doch stets nur ein Mittel, niemals aber der Selbstzweck einer vernunftgemässen Politik sein.

Aber über der Unvollkommenheit der menschlichen Einrichtungen sollte man nie die Ansätze zu einer Besserung, nie die Richtungen, in denen die Entwicklung sich bewegt, übersehen. Und diese Richtungen, sie weisen unzweifelhaft darauf hin, dass die Regierungen der grossen Staaten, wenn sie auch weit entfernt von dem utopischen Glauben sind, dass sie die Kriege auf der Welt beseitigen können, doch das ernsthafte Streben haben, sich über die zwischen ihnen bestehenden Differenzpunkte miteinander zu verständigen. Wenn wir die heutige europäische Staatenpolitik daher mit einem Schlagworte charakterisieren wollen, dann können wir sagen, dass die Staaten heute unter dem Zeichen der Verständigungspolitik stehen, dass die Regierungen mit dem zwanzigsten Jahrhundert in die Ära der Verständigungspolitik eingetreten sind.

Entspricht diese Verständigungspolitik, dieser Wille zum Frieden auf seiten der Staatenlenker, nun nicht dem Willen der Völker? Wir glauben nicht, dass jemand es wagen wird, diese Frage zu verneinen. Gewiss gibt es überall, in allen Ländern, Minoritäten, die zum Kriege treiben möchten. Aber die Völker im ganzen, in ihrer überwältigenden Mehrheit, hegen sicherlich keinen sehnlicheren Wunsch, als den, dass Europa von der Kriegsfurie verschont bleiben möge. Schon die Balkankriege, die uns hier doch nur mittelbar berührten, haben ein Gefühl der Kriegsmüdigkeit erzeugt, man ist überall die ewigen Kriegsgerüchte und die drückende Kriegsatmosphäre satt geworden. Die Völker — und das deutsche Volk geradeso wie alle andern — sie werden es den Regierungen daher sicherlich nur Dank wissen, wenn es diesen gelingt, den Ausbruch eines europäischen

Krieges auch weiter zu bannen. Mag angesichts mancher Ereignisse der letzten Jahre in weiten Kreisen auch eine gewisse Skepsis herrschen, die Tatsache bleibt jedenfalls bestehen, dass allenthalben der Wunsch besteht, dass wir einer solchen Katastrophe entgehen möchten. Denn eine Katastrophe wäre ein europäischer Krieg unter allen Umständen, auch für die Sieger, und es gibt keinen Siegespreis, der die Folgen dieser Katastrophe auch nur annähernd wieder wettmachen könnte. Die einfachste Rechnung zeigt, dass das, was Deutschland nach den alldeutschen Expansionspolitikern durch einen Krieg gewinnen könnte, in gar keinem Verhältnis steht zu dem, was dieser Krieg auch den Sieger im besten Falle an Kulturgütern kosten würde. Wenn ein solcher Krieg vermeidbar ist, dann muss man ihn also auch zu vermeiden suchen, darüber sind sich heute nicht nur die Regierungen, sondern auch die Völker einig.

Leider lässt sich nun aber nicht leugnen, dass diese Einigkeit nicht immer und nicht überall genügend zum Ausdruck kommt. Und doch wäre es natürlich nicht ohne Bedeutung, wenn die Regierungen sehen würden, dass sie bei ihrer Politik von der öffentlichen Meinung, vom Volkswillen, getragen werden. Die Verständigungspolitik der Regierungen würde dadurch erleichtert werden, und es würden nicht mehr so leicht Missverständnisse vorkommen, die zu Trübungen der internationalen Beziehungen führen. Die öffentliche Meinung gelangt aber häufig nur sehr unvollkommen und oft auch keineswegs unverfälscht zum Ausdruck. In der Presse spiegeln sich die Wünsche der Bevölkerung nur teilweise wieder, selbst da, wo an der Aufrichtigkeit ihrer Darstellungen nicht zu zweifeln ist. Und so könnte man manchmal zweifelhaft werden, ob denn die Bevölkerung die Verständigungspolitik der deutschen Reichsregierung auch wirklich billigt, um so mehr, als es Organisationen gibt, die ihr direkt entgegenzuarbeiten scheinen. Die schon oben angedeutete Skepsis hat allmählich in den weitesten Kreisen zu einer Schwarzmalerei in allen Fragen der auswärtigen Politik geführt, die von der Wirklichkeit mindestens ebensoweit entfernt ist, wie eine einseitige Schönfärberei und die wirklichen Tatsachen des internationalen Lebens leider nur zu oft verschleiert. Und darüber

hinaus gibt es, wie gesagt, Kreise, die in der Tat von einer Verständigungspolitik nichts wissen wollen und es lieber heute wie morgen sehen würden, dass es zum Kriege käme. Diese Kreise sind es und nicht die Kabinette, von denen heute die Kriege drohen, das ist von massgebender Seite mehr als einmal scharf betont worden. Die Bevölkerung aber ist durch die Bestrebungen dieser Kreise leider vielfach irregeleitet, und es gelingt der eigentlichen Volksmeinung oft nur schwer, sich ihnen gegenüber Gehör zu verschaffen.

Angesichts dieser Sachlage und gegenüber solchen Tendenzen ist es nun offenbar dringend nötig, aufklärend zu wirken. Wer täglich nur aufhetzende Sensationsberichte in seinen Zeitungen liest, verliert natürlich die Fähigkeit zu einer ruhigen und objektiven Beurteilung der Dinge. Es bedarf daher einer Organisation, die weitere Volkskreise über die Fragen der internationalen Politik und über die gewaltigen Probleme, die mit ihr in Zusammenhang stehen, aufzuklären sucht. Man muss sich in der Bevölkerung doch vor allem auch über die schwerwiegenden Konsequenzen klar werden, zu denen die verschiedenen Wege der internationalen Politik unbedingt führen müssen. Es gibt hier nur zwei Wege. Entweder man fährt fort, gegenseitig Misstrauen zu säen, ohne den darin sich kundgebenden Tendenzen entgegenzutreten. Dieser Weg bedeutet den Krieg. Oder man schreitet auf dem Wege der internationalen Verständigung weiter. Krieg oder Verständigung, das sind also die beiden Möglichkeiten. Kein Zweifel, welcher von beiden Wegen der wünschenswertere ist.

So gross die Zahl der existierenden Vereine und Verbände nun aber auch ist, so gab es doch bisher keinen, der sich der Aufgabe, über die mit der auswärtigen Politik zusammenhängenden internationalen Probleme aufklärend zu wirken, unterzogen hätte. Es fehlte an einer solchen Organisation, trotzdem diese Aufgabe zu den wichtigsten gehört, die unsere Gegenwart überhaupt zu lösen hat. Die wenigen Verbände, die gelegentlich einschlägige Fragen behandeln, tun dies leider in einem Sinne, dass man ihnen kaum Beifall zollen oder auch nur Sachkenntnis zugestehen könnte.

Wenn der Verband für internationale Verständigung nun in diese Lücke eingesprungen ist und wenn er dem deutschen Volke die auf dem Gebiete der auswärtigen Politik zu lösenden Probleme näher zu bringen unternommen hat, so hat er damit eine Mission übernommen, die ihn von Anfang an und von den verschiedensten Seiten her Missdeutungen ausgesetzt hat. Die Welt ist ja nun einmal aus Vorurteilen zusammengesetzt. Solchen teils unabsichtlichen, teils aber auch absichtlichen Verkennungen seiner Aufgabe gegenüber muss der Standpunkt des Verbandes etwas näher präzisiert werden.

Vor allem muss ich diejenigen enttäuschen, die vielleicht geglaubt haben, in uns lediglich Phantasten und idealistische Schwärmer zu finden. Uns liegt alles Phantasieren fern. Der Verband umfasst ganz im Gegenteil gerade die Leute, die in der Politik nüchtern und ruhig denken. Wir predigen nicht Idealismus, sondern einfach Vernunft. Wir fordern keine Gefühls-, sondern eine Verstandespolitik. Die Politik ist ein Geschäft, bei dem man nüchtern rechnen muss, und hierzu haben allerdings manche Kreise, die vor der Öffentlichkeit über internationale Politik heute das grosse Wort führen, die Fähigkeit anscheinend ziemlich eingebüsst. Der Standpunkt des Verbandes ist einfach da, wo die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes auch steht. Wir durften bei der Begründung des Verbandes die Überzeugung haben, dass unsere Meinung von der grossen Mehrheit der Bevölkerung geteilt werde, und dass es nur an einer Organisation fehle, die dieser Meinung Ausdruck verleihe, und das gerade hat uns den Mut gegeben, die Gründung an die Hand zu nehmen und den Versuch zu machen, die zerstreuten Kräfte zu sammeln.

Wir nehmen unserseits die politischen Dinge, wie sie wirklich sind, das sei also nochmals betont. Die Enthusiasten und Phantasten sind links und rechts von uns zu suchen. Damit will ich die Existenzberechtigung anderer Auffassungen keineswegs bestreiten. Wie in der inneren Politik, so muss es natürlich auch in der auswärtigen Politik verschiedene Anschauungen und Richtungen geben. Wir sind objektiv genug, das Gute auch bei anderen anzuerkennen und bekämpfen überall nur die

Auswüchse, die der Verständigung zwischen den Nationen schädigend im Wege stehen.

Wenn grosse national gesinnte Vereinigungen auf eine Stärkung des deutschen Nationalgefühls hinarbeiten, so liegt es uns fern, ihnen daraus einen Vorwurf machen zu wollen. Eine starke Nation ist ja die einzige Grundlage, auf der sich eine Verständigung mit anderen Nationen aufbauen kann. Unser Freund und Mitarbeiter Piloty hat diese Grundlage kürzlich treffend dahin formuliert: «Der Wille eines grossen Volkes, sich seinen Staat zu schaffen und zu verteidigen, ist eine unerlässliche Voraussetzung für seine Befähigung zum Geiste der internationalen Verständigung, denn dieser Geist kann niemals in dem losen Volksverband, sondern immer nur in dem festen Staat des Volkes zur Entwicklung gelangen.» Den erhebenden Ausdruck, den das deutsche Nationalgefühl in diesem Jahre bei den Jahrhundertfeiern vielfach gefunden hat, können wir also nur lebhaft begrüssen. Missbilligen müssen wir nur die Ausschreitungen des Nationalismus, da, wo derselbe in wüsten Chauvinismus ausartet und das deutsche Volk gegen andere Völker aufzuhetzen sucht.

Auf der andern Seite erkennen wir aber auch das idealistische Wirken der Friedensgesellschaften gerne an und sind uns bewusst, dass dasselbe bereits manche wertvolle Frucht gezeitigt hat, wenn wir auch den unbedingten Friedensfreunden in ihrer oft einseitigen Bekämpfung des Krieges, in manchen ihrer Ziele und in den Methoden ihrer Propaganda nicht immer beipflichten können. Im übrigen haben die Friedensgesellschaften ihre eigenen Aufgaben und diese sind mit den unseren keineswegs identisch.

Unser Standpunkt ist also ein gemässigter. Wenn ich mich scherzhaft im Bilde ausdrücken darf, so möchte ich sagen, dass wir es weder mit dem politischen Alkoholismus mancher Alldeutschen, noch mit der politischen Abstinenz der unbedingten Pazifisten halten, sondern dass wir gewissermassen die Temperenz in der auswärtigen Politik vertreten. Wir halten es mit der goldenen Mittelstrasse. Aus der Exaltation, zu der beide Extreme führen können, möchten wir das deutsche Volk zurückführen

zu einer ruhigen, vernunftgemässen, zu einer objektiven, sachlichen Betrachtung der politischen Angelegenheiten.

Nationale Gesinnung verträgt sich sehr wohl mit einer Achtung anderer Nationen. Das muss leider heute scharf betont werden. Es ist an sich gewiss eine sehr schöne nationale Eigenschaft der Deutschen, gründlich zu sein. Aber man kann auch darin des Guten zuviel tun, und wenn heute manche Leute von der Fremdennachäfferei, die man bei den Deutschen von jeher mit Recht gerügt hat, nun gleich zum andern Extrem, zum Fremdenhass, übergegangen sind, so zeugt das von einer Gründlichkeit, die leider keine Nachahmung verdient. Das heisst denn doch wirklich den Teufel mit Beelzebub austreiben. Im 20. Jahrhundert ist für den Barbarenglauben kein Platz mehr vorhanden.

Auf der andern Seite liegt es uns aber auch durchaus fern, für eine Verständigung mit anderen Nationen à tout prix, sei es auch auf Kosten der nationalen Ehre, einzutreten. Die Völker sollen einander keineswegs nachlaufen. Es genügt durchaus, wenn sie einander kennen und achten lernen und keine Vorurteile gegeneinander hegen. Dann wird sich das Weitere schon finden.

Auch den Krieg können wir nicht unbedingt und unter allen Umständen verurteilen. Wir beschäftigen uns daher auch nicht mit der Frage, ob die Kriege abgeschafft werden können. Ein Krieg kann für ein Volk nötig sein, das zeigt uns die Weltgeschichte, und dann darf es sich ihm nicht entziehen. Was wir aber scharf verurteilen müssen, das ist das leichtfertige Hetzen zu einem unnötigen und vermeidbaren Kriege. Das ist einfach ein Verbrechen an der Menschheit und am eigenen Staat. Auch der Krieg zwischen den Grossmächten, den manche Leute jetzt täglich an die Wand malen, gehört heute nicht zu den Notwendigkeiten. Die militärischen Rüstungen sollen, wie unsere massgebenden Stellen bei jeder Gelegenheit mit Nachdruck versichert haben, ja gerade dazu dienen, den Frieden zwischen den europäischen Mächten zu erhalten und zu sichern. Man darf aber nicht übersehen, dass sie diese wohltätige Wirkung nur dann haben können, wenn sie von einer vernünftigen Politik der Verständigung begleitet sind, wie sie von der deutschen

Reichsregierung ja auch betätigt wird. Ohne diesen gleichzeitigen Willen zur Verständigung könnten die Rüstungen auch bedenklich wirken und das gegenseitige Misstrauen schüren helfen. Es muss also heissen: Das Eine keinesfalls ohne das Andere! Das Rüsten allein genügt nicht. Der Wille zur Verständigung muss dazukommen!

Indem wir in dieser Weise einer vernünftigen Verständigung mit der Mitwelt das Wort reden, glauben wir in Wirklichkeit dem Vaterlande einen grösseren Dienst zu erweisen, als manche Kreise, die viel mit patriotischen Schlagworten um sich werfen, dabei aber den wahren Interessen ihres Vaterlandes oft zuwiderhandeln. Es gehört zur Agitationsmethode gewisser Kreise, andere Leute als antinational hinzustellen und sich als die alleinigen Patrioten auszugeben. Aber nicht alle Leute, die sich national nennen, sind und handeln auch wirklich national. Der exaltierte Nationalismus ist leider nur zu oft ein Feind des wahren Patriotismus und entfremdet den wirklich nationalen Aufgaben.

Von dieser Seite hat man auch versucht, dem diesjährigen Verbandstage unserer Vereinigung ein Bein zu stellen und hat sogar die naive Frage gestellt, wie die Regierung sich an dieser Tagung beteiligen könne. Ja, da hätte man doch fragen mögen, sind wir etwa diejenigen, die gegen die Friedenspolitik der deutschen Reichsregierung aufgetreten sind oder sind es nicht etwa gerade diejenigen Leute gewesen, die jetzt auch gegen uns mobil machen möchten? Die Sache zeigt, dass in manchen Köpfen wirklich eine bedenkliche Verwirrung herrscht. Wir sind uns bewusst, auf dem Boden der politischen Tatsachen zu stehen und dem Vaterlande wirklich zu dienen, weil wir in der auswärtigen Politik alle Faktoren in Rechnung setzen und durchaus sachgemäss vorgehen, statt nur einseitig phantastischen Ideen zu folgen und uns an schönklingenden patriotischen Worten zu berauschen. Sich für eine deutsche Friedenspolitik einsetzen, das bedeutet keinen Mangel an Patriotismus, sondern ist ein Zeichen wohlerwogener Vaterlandsliebe. Und es ist unter allen Umständen auch besser und patriotischer, für die Verständigung mit anderen Nationen zu arbeiten, als gegen dieselbe.

Die Erkenntnis, dass dem so ist, anzubahnen, gehört nun aber gerade in erster Linie zu den Aufgaben, die sich unser Verband gestellt hat. Wir sehen unser Hauptziel nicht etwa in dem negativen Moment, diejenigen zu bekämpfen, die einer Verständigung zwischen den Staaten und Völkern entgegenarbeiten, sondern wir möchten ganz im Gegenteil vor allem auf die positiven nationalen Aufgaben hinweisen, die ein Weltstaat, wie das Deutsche Reich, heute in seinen auswärtigen Beziehungen zu erfüllen hat. Diese Aufgaben haben weite Kreise noch nicht begriffen. Vor allem gilt dies von denen, die uns und unsere Bestrebungen entweder in Verkennung unserer Absichten bekämpfen oder sie aus Unkenntnis zu ignorieren suchen.

Es ist wohl ohne weiteres klar, dass ein grosser Staat heute ganz andere Aufgaben zu erfüllen hat, als dies noch vor 100 Jahren der Fall war. Der Weltverkehr hat auf allen Lebensgebieten solche Umwälzungen hervorgerufen und die zwischen den Völkern hin- und herlaufenden Fäden so eng und zahlreich geknüpft, dass es einfach unmöglich ist, sich über die Aufgaben des heutigen Staates auf internationalem Boden klar zu werden, wenn man diese neuen Verhältnisse ausser acht lässt. Die Dinge liegen nicht mehr so einfach, wie im Mittelalter oder noch im 18. Jahrhundert, und daher vermag auch nur derjenige die Konsequenzen des politischen Handelns im einzelnen einigermassen zu überschauen, der den modernen privaten und staatlichen Beziehungen und den aus ihnen sich ergebenden internationalen Problemen näher getreten ist.

Es würde zu weit führen, wenn ich die Gebiete auch nur alle aufzählen wollte, auf denen die Verständigung zwischen den Völkern heute bereits im Gange ist. Das internationale Leben von heute ist ein gewaltiger Faktor geworden, an dem alle Gebiete des wirtschaftlichen und geistigen Lebens beteiligt sind. Wie intensiv namentlich das gesamte Wirtschaftsleben der Nationen und die Technik an diesen internationalen Beziehungen interessiert sind und von ihnen zu einem grossen Teile geradezu abhängen, bedarf kaum der besonderen Betonung. Auch dass die Wissenschaften und Künste heute in internationalem Austausch miteinander stehen, ist zur Genüge bekannt. Um ein Bild von der Intensität

aller dieser internationalen Beziehungen zu geben, will ich nur hervorheben, dass es heute bereits mehr als 500 private internationale Vereinigungen gibt und dass diese allein im Jahre 1912 über 100 Kongresse abgehalten haben. Vom Jahre 1901 bis 1910 fanden nicht weniger als 790 solche Kongresse statt. An diesen Zahlen sind so ziemlich alle Betätigungen menschlicher Arbeit beteiligt. Ich zähle nach dem Jahrbuch des internationalen Lebens nur die Gruppen auf, unter die dort diese internationalen Kongresse gebracht sind: Bibliographie, Philosophie, Moral, Religion, Soziologie, Organisation der Arbeit, Rechtspflege, Verwaltung, soziale Hygiene, Unterstützungswesen, Versicherung, Unterrichtswesen, Handel, Transportwesen, Frauenfrage, Philologie, Mathematik, Physik, Chemie, Astronomie, Geographie, Geophysik, Anthropologie, Botanik, Zoologie, Ausstellungswesen, Medizin, Ingenieurwesen, Ackerbau, Zootechnik, Jagd, Fischfang, Stenographie, Buchdruckerei, chemische Industrie, Künste, Sport.

Auf allen diesen Gebieten gibt es eine Menge von schwierigen und schwerwiegenden internationalen Problemen, die des Studiums und der Lösung harren. Ich will nur beispielsweise herausgreifen, dass die Probleme der internationalen Moral und des Erziehungswesens heute mit im Vordergrunde der internationalen Erörterung stehen. Ebenso harren auf dem Gebiete des Rechts grosse Probleme der Lösung. Namentlich die völkerrechtlichen Probleme sind hier hervorzuheben, denen unser Verband von Anfang an sein besonderes Interesse zugewandt hat.

Aber nicht nur auf privatem Boden, zwischen den Individuen, den Völkern hat sich die internationale Verständigung, wie dieses knappe Bild aus dem reichen internationalen Leben zeigt, schon längst angebahnt, sondern auch zwischen den Regierungen, den Staaten. Es sei hier nur der zahlreichen internationalen Konventionen, der Unionen oder Weltverträge gedacht, die sich mit dem Verkehr, der Post, Telegraphie, Eisenbahnwesen, Telephonie, submarinen Kabeln, Schiffahrt, Luftschiffahrt, mit Münzwesen, Meterwesen, Massen und Gewichten u. a. befassen, weiter der Konventionen über Urheberrecht, Industrierecht, Handel, Zolltarife, Landwirtschaft, Polizeiwesen (Fischerei, Branntweinhandel etc.), Straf- und Gefängniswesen, Sanität (Cholera, Pest),

Sozialpolitik (Nachtarbeit der Frauen, Phosphor), Schiedsgerichtswesen, Kriegsrecht, internationales Privatrecht, Moral (Sklaven- und Mädchenhandel), Wissenschaft (Geodäsie, Erdbeben-, Meeresforschung, Dokumentenaustausch). Es hat sich auf dem Wege der völkerrechtlichen Vertragschliessung für diese Gebiete also bereits eine offizielle internationale Verständigung herausgebildet. Manche dieser Gebiete besitzen internationale Bureaux oder Ämter, also eine richtige internationale Verwaltung. Und im Haager Schiedsgerichtshof besitzen wir auch bereits einen internationalen Gerichtshof. Das sind alles deutliche Beispiele einer Entwicklung, deren Bedeutung man um so weniger unterschätzen darf, als sie gleichzeitig auch die Richtungen andeuten, nach denen sich unser modernes Leben, das private und das staatliche, weiterentwickeln wird.

Kann man sich angesichts dieser Entwicklung allzusehr darüber wundern, wenn als letztes Gebiet auch die hohe Politik selbst schliesslich von diesem internationalen Leben berührt worden ist oder ist es nicht vielmehr ein durchaus naturgemässer Vorgang, wenn der Verständigung der Völker diejenige der Staaten allmählich zu folgen beginnt? Nur allzusehr hat man oft noch in der neueren Tagesgeschichte den Kontrast zwischen Kultur und Politik empfinden müssen, die Kluft, die zu gähnen schien zwischen dem Leben und Treiben, den Interessen und den Fortschritten der Kulturmenschheit auf der einen Seite und solchen Politikern, die da glaubten, mit dem Wohl und Wehe der Völker im 20. Jahrhundert noch nach alter Art spielen zu können. Doch das beginnt nach und nach anders zu werden! Die Staatenlenker sind sich ihrer Verantwortlichkeit immer mehr bewusst geworden. Schon haben wir eine ganze Reihe von Beispielen, wie man auch politische Differenzen durch Staatsverträge aus der Welt geschafft hat und es ist zu hoffen, dass die Staatsmänner auf dieser Bahn weiterschreiten werden. Die europäische Diplomatie arbeitet heute ganz offensichtlich in der Richtung der Verständigung zwischen den Nationen und man darf ohne weiteres sagen, dass eine vernünftige

internationale Politik gar nicht anders kann, als sich nach dieser Richtung zu betätigen. Der Staat, der seine Aufgabe zur Pflege der internationalen staatlichen und privaten Beziehungen verkennen wollte, wäre wahrlich nicht würdig, ein moderner Rechts- und Kulturstaat genannt zu werden.

Wenn nun unser Verband es angesichts dieser Entwicklungstendenzen unternommen hat, die grossen internationalen Probleme, die von der weittragendsten nationalen Bedeutung sind, zu studieren und weitere, ja die weitesten Volkskreise darin einzuführen, so dürfen wir mit gutem Gewissen sagen, dass nicht etwa wir unserseits es sind, die damit dem Zuge der Zeit entgegenarbeiten, sondern dass ganz im Gegenteil gerade wir diesen Zug richtig erkannt haben. Es gibt ja leider Kreise und namentlich Pressorgane, die es lieben, alle die hier genannten Dinge und Bestrebungen lächerlich zu machen. Das ist ernster Leute nicht würdig und ein solches Verhalten richtet sich von selbst. Der Verband für internationale Verständigung darf sich in Wirklichkeit mit Recht als Vorbote derjenigen Strömung betrachten, die sicherlich im 20. Jahrhundert einmal die herrschende sein wird. Eine Reaktion gegen die Auswüchse der nationalistischen Zeitströmung, die unsere Tage gezeitigt haben, wird sicher bald einsetzen und dann auch bald allgemein werden. Das Gute dieser Zeitströmung wird bleiben: die starke nationale Basis. Aber die Auswüchse des Nationalismus werden rasch wieder schwinden und es wird sich auf der erreichten nationalen Grundlage mehr und mehr das Verständnis auch für die internationalen Aufgaben aufbauen, die Nation und Staat im modernen Leben zu leisten haben. Das Resultat der Entwicklung wird also mit anderen Worten die Aussöhnung zwischen Nationalismus und Internationalismus sein, die ja in Wirklichkeit schon heute keineswegs mehr feindliche Mächte sind. Der heutige Internationalismus hat ja mit Kosmopolitismus nichts mehr zu tun, sondern ist selbst bis auf die Knochen national, da er auf dem nationalen Interesse beruht.

Wenn wir also dazu beitragen möchten, die Erkenntnis dieser längst im Gange befindlichen Entwicklung in weitere Kreise zu

tragen, so befinden wir uns dabei, wie ich nochmals betonen möchte, durchaus in der Fahrtrichtung und schwimmen keineswegs gegen den Strom. Wir haben bei unserem Vorgehen die Vernunft auf unserer Seite und dürfen wohl sagen, dass das, wofür wir eintreten, eine wahrhaft reale Politik ist. Bismarck, der Begründer des deutschen Nationalstaates, der ehrliche Makler, der stets alle realen Faktoren in Rechnung gezogen hat, er würde, wenn er heute am Leben wäre, sicherlich keine andere Politik treiben, als eine wohlerwogene Verständigungspolitik.

Eine solche Verständigungspolitik ist auch um so eher möglich, als sie heute im Sinne und im Interesse aller Grossmächte gelegen ist und als die Beziehungen Deutschlands zu den andern Grossmächten in Wirklichkeit nicht so schlecht sind, wie sie von den zahlreichen politischen Schwarzsehern üblicherweise geschildert werden. Weshalb sollte es mit der Zeit also nicht gelingen, die Gegensätze zwischen Dreibund und Triple-Entente zu überbrücken? Die Staatenpolitik hat schon ganz anders schwierige Probleme gelöst. Und die Triple-Entente ist in ihrer Wirksamkeit tatsächlich heute ebensosehr ein Faktor für den europäischen Frieden geworden, wie der Dreibund. Die Beziehungen Deutschlands zu England sind heute im ganzen durchaus zufriedenstellend. Russland liegt gewiss nichts ferner, als einen Krieg mit Deutschland herbeizusehnen; der Panslavismus richtet sich in keiner Weise gegen das Deutsche Reich. Frankreich hat gerade so wie Deutschland eine Politik des Friedens betrieben. Seit Marokko beglichen ist, fehlt es an einem nennenswerten Interessengegensatz zwischen Frankreich und Deutschland. Es ist eine ganz veraltete Anschauung, dass die in Frankreich herrschende Politik heute noch im Zeichen der Revanche steht. Die französischen Chauvinisten sind so wenig Frankreich, wie die deutschen Chauvinisten Deutschland sind. Die vernünftigen Franzosen wünschen eine Verständigung ebenso sehr wie die Deutschen, ja die französischen Kreise, die sie wünschen, sind vielleicht sogar zahlreicher als die deutschen. Die Verständigung zwischen diesen beiden Nationen, sie wäre das schönste Ziel, das wir heute in der Politik erstreben können.

Ich gehöre, gerade weil ich beide Länder kenne, nicht zu den Zweiflern, die sie für unmöglich halten.

Und ich sehe auch nicht ein, weshalb das Gebiet der hohen Politik allein zurückbleiben sollte, wenn auf allen andern menschlichen Gebieten Fortschritte gemacht werden. Darüber, dass Fortschritte trotz aller Ansätze zur Besserung in der Politik immer noch nottun, wollen wir ja nicht im Zweifel sein. Das bisherige System der Bündnispolitik war nur zu sehr geeignet, Misstrauen auf beiden Seiten aufkommen zu lassen. Und nur zu oft hat der Ehrgeiz von Diplomaten in der Politik eine grössere Rolle gespielt, als das Glück der Völker. So haben wir allen Grund, uns in eine gesundere politische Ära hineinzuwünschen, eine Aera, in der die Politik der Staaten mehr als heute im Einklang steht mit den Interessen der Völker und sich weniger einseitigen Machtgelüsten zuwendet. Aber über diesen Wünschen für die Zukunft wollen wir die Gegenwart und die in ihr vorhandenen Ansätze zur Besserung keineswegs übersehen. Denn diese Ansätze sind es, auf denen sich die Zukunft aufbauen wird und an die daher auch der Verband bei seinen Arbeiten anknüpfen muss.

Sie sehen also, was wir betreiben, ist keine Zukunftsmusik, sondern allerrealste Gegenwartspolitik. Dies sei zum Trost für diejenigen, die in uns trotz allem immer noch bloss Idealisten sehen wollen, und daher nicht den Mut haben, sich uns anzuschliessen, hier nochmals betont.

Aber noch einige andere Zweifelspunkte müssen hier zerstreut werden. Unser Verband ist nicht etwa nur ein Verein für Professoren, wenn wir auch viele deutsche Professoren, und wir dürfen mit Stolz sagen: eine Elite derselben, zu unseren Mitgliedern zählen. Wir wenden uns an das ganze deutsche Volk. Die Begründer des Verbandes sind allerdings Staats- und Völkerrechtslehrer gewesen. Es war ja gewiss nur naturgemäss, dass der Gedanke der Propagierung solcher Ideen, wie der von unserem Verband vertretenen, in den Kreisen zuerst erfasst worden ist, die sich berufsmässig mit diesen Fragen zu beschäftigen haben. Und es war im Lande der Wissenschaft, in Deutschland, wohl auch das richtigste, dass der Anstoss zu unserer Bewegung

von wissenschaftlichen Kreisen aus gegeben wurde. Wäre er aus wirtschaftlichen Kreisen erfolgt, so hätte man uns vielleicht lediglich materielle Motive untergeschoben. Das geistige Deutschland musste unbedingt vorangehen. Aber unsere Absicht war von vorneherein, alle Volkskreise für unsere Arbeit zu interessieren. Unter diesen Kreisen stehen die Kreise des wirtschaftlichen Lebens natürlich mit in vorderster Reihe, weil sie am Erfolg unserer Bestrebungen gewissermassen doppelt interessiert sind: ideell und materiell. Aber es gibt überhaupt keinen Berufsstand, der am Erfolge unserer Bestrebungen kein Interesse hätte und so dürfen wir sagen: Jeder gute Deutsche und jede gute Deutsche ist uns willkommen!

Und so wie wir uns an alle Berufskreise ohne Ausnahme wenden, so wenden wir uns auch an alle Parteien. Unsere Sache ist keine Parteisache. Nichts klingt törichter, als wenn man manchmal hören muss, bei dieser Sache könne die oder die Partei nicht mittun. Es gibt keine politische Partei, die bei uns nicht mittun könnte. Wir sind nicht nur selbst neutral, sondern auch unser Arbeitsgebiet ist neutral. Und so haben wir Mitglieder aus allen Parteien. Mit innerer Politik haben unsere Bestrebungen nicht das geringste zu tun und daher auch nichts mit irgendwelcher Parteipolitik. Die Interessen, für die wir eintreten, sind die Interessen jedes Deutschen und daher das gemeinsame Interesse aller Parteien. Ist es denn wirklich absolut nötig, dass man die inneren Parteigegensätze auch auf die auswärtige Politik überträgt? Sicherlich nicht! Wir treten ein für eine Einigung aller Parteien in den Fragen der äusseren Politik und heissen daher jeden willkommen, gleichviel welcher Partei er angehört.

Wenn wir auf solcher breiter Basis eine Organisation der öffentlichen Meinung zustande bringen wollen, so sind wir uns allerdings bewusst, dass wir dabei gegen einen Übelstand ganz besonders ankämpfen müssen, nämlich gegen die Leute, die zwar mit den heutigen politischen Zuständen keineswegs zufrieden sind, die aber trotzdem die Hände in den Schoss legen und sagen: Es nützt ja doch alles nichts! m. a. W. gegen den Skeptizismus und Indifferentismus in der Politik, der nichts ist als ein Zeichen von geistiger Trägheit. Dieser Philisterstand-

punkt ist der Feind alles menschlichen Fortschritts, er ist es von jeher gewesen und wird es auch immer bleiben. Und doch hat die Welt ihm zum Trotz Fortschritte gemacht und wird sie auch weiter machen. Weshalb auch sollten Fortschritte nicht erzielt werden können, wenn nur alle Gleichgesinnten sich zusammentun wollen? Wieviel heutzutage durch Organisation erreicht werden kann, dafür haben wir ja gerade in der Politik Beispiele, wie sie schlagender nicht gedacht werden können. Also warum sollte es gerade auf unserem Gebiet unmöglich sein, eine kraftvolle Organisation zusammenzubringen? Die Erfolge, die unser Verband schon in der kurzen Zeit seines Daseins gehabt hat, beweisen, dass es sehr wohl möglich ist, eine Organisation der öffentlichen Meinung in Deutschland herbeizuführen, die dem Wunsch nach internationaler Verständigung auf der von uns vertretenen Grundlage nachhaltig Ausdruck zu verschaffen weiss.

Diese Organisation müsste allerdings, wie unser verehrtes Mitglied Friedrich Curtius im vorigen Jahre mit Recht bemerkt hat, von Rechts wegen bald nicht nur Tausende, sondern Hunderttausende von Mitgliedern zählen. Hoffen wir jedenfalls, dass die Erkenntnis, für die wir kämpfen, wenigstens in immer weitere Kreise getragen werde.

Im übrigen bedarf es kaum der Betonung, dass diese Erkenntnis nicht nur in Deutschland gefördert werden muss. Und die Arbeit für ihre Verbreitung ist in der Tat auch anderwärts im Gange. Unser Verband erstreckt sich bereits heute über die hauptsächlich in Betracht kommenden Länder. In Frankreich erfreut sich die von Herrn Senator Baron d'Estournelles de Constant begründete Conciliation internationale bereits reichen Ansehens. Der amerikanische Zweig, der unter der Leitung des Präsidenten Butler von der Columbia-Universität steht, zählte voriges Jahr bereits über 75000 Mitglieder. Und vor kurzem ist noch ein englischer Zweig dazugekommen, der von Sir Vezey Strong, dem früheren Lordmayor von London, geleitet wird. In diesen Verbänden reichen sich Deutschland, Frankreich, England und Amerika die Hand. Weitere Landesverbände sind in der Bildung begriffen.

So sehen wir, dass der Gedanke der internationalen Verständigung in immer weitere Kreise eindringt. Siegt er, dann braucht uns um die weitere Entwicklung nicht bange zu sein. Wir in unserem Verbande wollen nichts anderes sein, als ein Ausdruck der öffentlichen Meinung der heutigen Kulturwelt. Und wenn das, was wir erstreben, so wie wir mit voller Überzeugung annehmen, wirklich der Wille der Völker ist, dann müssen wir siegen. Früher oder später! Aber siegen sicherlich! In dieser Zuversicht dürfen wir getrost an unserer Devise festhalten: Pro patria per orbis concordiam!

Zentralvorstand des Verbandes für internationale Verständigung:

Dr. Friedrich **Curtius,** Präsident des Direktoriums und des Oberkonsistoriums der Kirche A. K., Vorsitzender, Strassburg i. E.

Professor Dr. Otfried **Nippold,** Oberursel bei Frankfurt a. M.

Professor Dr. Walther **Schücking,** Marburg a. L.

stellvertretende Vorsitzende.

Professor Dr. Robert **Piloty,** Würzburg.

Bankdirektor Hermann **Maier,** Schatzmeister, Frankfurt a. M.

Ausschuss:

Professor Dr. Karl **von Amira,** München.
Professor Dr. Max **Apt,** Syndikus des Ältestenkollegiums, Berlin.
Professor Dr. Paul **Arndt,** Frankfurt a. M.
Kommerzienrat Georg **Arnhold,** Dresden.
Rechtsanwalt Dr. Julius **Bachem,** Cöln.
Staatsrat **von Burkhard,** Präsident der K. Bank, Exzellenz, Nürnberg.
Professor Dr. Wilhelm **van Calker,** Giessen.
Professor Dr. Francis **Curtis,** Frankfurt a. M.
Geheimer Justizrat Heinrich **Dove,** Syndikus der Handelskammer, Berlin.
Professor Dr. Otto **Frhr. von Dungern,** Czernowitz.
Professor Dr. Max **Fleischmann,** Königsberg i. Pr.
Geheimer Regierungsrat Prof. Dr. Wilhelm **Foerster,** Charlottenburg.
Professor Dr. Berthold **Freudenthal,** Frankfurt a. M.
Professor Dr. Adolf **Friedländer,** Privatklinik Hohemark bei Frankfurt a. M.
Vizeadmiral a. D. Karl **Galster,** Exzellenz, Kiel.
Kontreadmiral z. D. **Glatzel,** Kiel.
Arthur **von Gwinner,** Direktor der Deutschen Bank, M. d. H., Berlin.
Professor Dr. Bernhard **Harms,** Kiel.
Oberstaatsanwalt Geheimer Ober-Justizrat Dr. Eduard **Hupertz,** Frankfurt a. M.
Wirklicher Geheimer Rat Professor Dr. Paul **Laband,** Exzellenz, Strassburg i. E.
Kommerzienrat Ernst **Ladenburg,** Bankier Frankfurt a. M.
Hofrat Professor Dr. Heinrich **Lammasch,** Wien.
Geheimer Hofrat Professor Dr. Karl **Lamprecht,** Leipzig.
Geheimer Hofrat Professor Dr. Karl **von Lilienthal,** Heidelberg.
Geheimer Justizrat Professor Dr. Franz **von Liszt,** Berlin.
Gymnasialdirektor Professor Dr. Wilhelm **Martens,** Konstanz.
Geheimer Oberregierungsrat Dr. **Mayer,** Karlsruhe.
Professor Dr. Christian **Meurer,** Würzburg.
Professor Dr. Wolfgang **Mittermaier,** Giessen.
Professor Dr. Paul **Natorp,** Marburg a. L.
D. Friedrich **Naumann,** M. d. R., Berlin.
Friedrich **von Payer,** M. d. R., Stuttgart.
Geh. Kommerzienrat Dr. Oskar **von Petri,** Nürnberg.
Professor Dr. Martin **Rade,** Marburg a. L.
Professor Dr. Hermann **Rehm,** Strassburg i. E.
Ge. Baurat Dr. Anton **von Rieppel,** Generaldirektor, Nürnberg.
Professor Dr. Heinrich **Rössler,** Frankfurt a. M.
Professor Dr. Heinrich **Sieveking,** Zürich.
Generalkonsul Karl **Simon,** Mannheim.
Hofrat Dr. H. Th. **Soergel,** Freilassing.
Oberlandesgerichtspräsident Dr. Peter **Spahn,** M. d. R., Frankfurt a. M.
Geheimer Justizrat Professor Dr. Rudolf **Stammler,** Halle a. S.
Dr. Paul **Stern,** Bankier, Frankfurt a. M.
Justizrat Karl **Trimborn,** M. d. R., Cöln.
Professor Dr. Heinrich **Weinel,** Jena.
Geheimer Justizrat Professor Dr. Philipp **Zorn,** M. d. H., Kronsyndikus, Bonn.

Bureau des Verbandes:

Oberursel bei Frankfurt a. M., Liebfrauenstrasse 22.

Auszug aus den Statuten:

§ 1. **Zweck.** Der Verband für internationale Verständigung setzt sich die Aufgabe, das Verständnis für die Bedeutung gegenseitig förderlicher Beziehungen zwischen den Völkern auf allen Lebensgebieten, namentlich für die Fragen und Probleme des Völkerrechts, zu verbreiten, um dadurch einer stetigen, von vermeidbaren Zwischenfällen freien Politik zwischen den Staaten, wie sie im Interesse der allgemeinen Kultur liegt, den Boden zu ebnen.

§ 2. **Mittel zur Erreichung desselben.** Der Verband sucht diesen Zweck zu erreichen, indem er in Wort und Schrift, durch Vorträge, durch Kundgebungen seiner Organe, namentlich seiner Verbandstage, durch Veröffentlichungen in der Presse oder in besonderen Schriften, für die erwähnten Aufgaben wirkt.

Als ein besonders wichtiges Mittel zur Lösung seiner Aufgabe betrachtet der Verband die Einwirkung auf die Erziehung der Jugend im Sinne der von ihm angestrebten Ziele, vor allem der gegenseitigen Achtung der Völker und ihrer Eigenart.

Zu völkerrechtlichen Fragen der internationalen Politik kann der Verband je nach Bedürfnis und Ermessen seiner zuständigen Organe sich äussern, wobei er bestrebt sein wird, durch objektive Darlegung der Sach- und Rechtslage sowie durch Hinweis auf die Mittel und Wege zur Beilegung von Streitigkeiten klärend und beruhigend auf die öffentliche Meinung zu wirken.

§ 3 **Stellung des Verbandes zu ähnlichen Organisationen des Auslandes.** Der Verband beschränkt seine Wirksamkeit auf das Deutsche Reich. Angestrebt wird aber später eine internationale Organisation, zu der sich die Verbände für internationale Verständigung, die in einzelnen Ländern zum Teil heute schon bestehen, zum Teil noch entstehen werden, zusammenschliessen sollen.

§ 4. **Innere Politik.** Der Verband steht allen parteipolitischen Organisationen und den Fragen der inneren Politik völlig neutral gegenüber.


BRIGHAM YOUNG UNIVERSITY
3 1197 22466 7862